

## Kleine Anfrage

des Abgeordneten Kubitzki (DIE LINKE)

und

Antwort

der Thüringer Staatskanzlei

### Europäisches Jahr der Bürgerinnen und Bürger 2013

Die **Kleine Anfrage 3559** vom 26. November 2013 hat folgenden Wortlaut:

Die Europäische Union hat das Jahr 2013 zum Europäischen Jahr der Bürgerinnen und Bürger ausgerufen. Das Europäische Jahr der Bürgerinnen und Bürger 2013 ist eine Initiative der Europäischen Union, bei welcher die EU-Bürgerschaft und deren individuellen Freiheiten und Rechte als Unionsbürger im Mittelpunkt stehen.

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Bedeutung misst die Landesregierung der Durchführung des europäischen Jahres der Bürgerinnen und Bürger im Freistaat Thüringen bei?
2. Wie erfolgte die Abstimmung und Koordinierung zwischen der Europäischen Union, den Mitgliedsstaaten und insbesondere dem Freistaat Thüringen zur Umsetzung und Durchführung des Europäischen Jahres der Bürgerinnen und Bürger?
3. Welche Strategie verfolgte der Freistaat Thüringen zur Umsetzung des Beschlusses des Europäischen Parlaments und des Rates, das Jahr 2013 zum Europäischen Jahr der Bürgerinnen und Bürger zu erklären und welches Handlungskonzept lag hierzu der Landesregierung vor?
4. Wer ist und war nationale Durchführungsstelle der Programme, Kampagnen, Veranstaltungen und Aktivitäten zur Umsetzung des europäischen Jahres der Bürgerinnen und Bürger im Freistaat Thüringen?
5. Welche regionalen Aktivitäten, Veranstaltungen, Konferenzen etc. wurden zur Durchsetzung der zentralen Zielstellungen des Europäischen Jahres der Bürgerinnen und Bürger 2013 in Thüringen durchgeführt und welche messbaren Ergebnisse können abgerechnet werden?
6. Wie wertet die Landesregierung den Erfolg der in Thüringen im Rahmen des Europäischen Jahres der Bürgerinnen und Bürger durchgeführten Maßnahmen in Bezug auf die Stärkung der Bürgerrechte und die Steigerung des Europabewusstseins der Thüringer Bürgerinnen und Bürger?
7. Über welches Budget verfügte die Europäische Union zur Umsetzung der im Jahr der Bürgerinnen und Bürger 2013 vorgesehenen Maßnahmen, Programme, Konferenzen, Veranstaltungen und Aktivitäten für den Zeitraum vom 1. Januar 2013 bis zum 31. Dezember 2013 und welcher Anteil hiervon entfiel auf Thüringen?
8. Wofür wurden diese Mittel in Thüringen eingesetzt (bitte Darstellung detailliert nach Projekten/Maßnahmen/Konferenzen)?

Der **Thüringer Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten und Chef der Staatskanzlei** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 9. Januar 2014 (Eingang: 13. Januar 2014) wie folgt beantwortet:

Zu 1.:

Das Europäische Jahr der Bürgerinnen und Bürger 2013 wurde mit Beschluss des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. November 2012 ausgerufen, um die Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union über ihre Rechte und Gestaltungsmöglichkeiten als Unionsbürger zu informieren und darauf aufbauend vor allem Gespräche und Diskussionen über Europa und seine künftige Gestalt in Gang zu setzen. Dabei war es besonders wichtig, den Dialog mit der Zivilgesellschaft über europäische Reformprojekte zu intensivieren und auf diese Weise die Teilhabe an und die Identifikation mit der Europäischen Union zu stärken.

Die Thüringer Landesregierung begrüßt diesen breiten Ansatz und erachtet das europäische Themenjahr im Vorfeld der Wahlen zum Europäischen Parlament als Bestätigung ihrer europapolitischen Strategie "Für Thüringen in Europa", mit der eine bürgernahe, an den Interessen und Belangen Thüringens ausgerichtete Europapolitik verfolgt wird.

Zu 2.:

Die Generaldirektion Kommunikation in der Europäischen Kommission wurde auf der Ebene der Europäischen Union als zentrale zuständige Stelle für das Europäische Jahr der Bürgerinnen und Bürger 2013 benannt. Ihre Partner sind die Vertretungen der Kommission und des Europäischen Parlaments in den Mitgliedstaaten, die "European Year of Citizens Alliance" (ein europaweites Netzwerk verschiedener zivilgesellschaftlicher Akteure), der Ausschuss der Regionen, der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss sowie die Europe-Direct-Informationszentren in allen EU-Ländern. Einige Mitgliedstaaten haben zudem nationale Ansprechpartner benannt, die bei Fragen zum Themenjahr und gegebenenfalls für einen übergreifenden Informationsaustausch zur Verfügung stehen. In Deutschland wurde dieser Ansprechpartner beim Auswärtigen Amt angesiedelt. Thüringer Ansprechpartner in der Landesregierung ist der Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten.

Der Austausch zwischen Landes-, Bundes- und EU-Ebene über die Projekte und Aktivitäten erfolgt u. a. in der Ständigen Arbeitsgruppe der Europaministerkonferenz und ihrer Unterarbeitsgruppe "Europapolitische Kommunikation", in der die Vertretungen von Europäischer Kommission und Europäischem Parlament sowie die Vertreter der Bundesregierung präsent sind. Dem breiten Ansatz und der Vielschichtigkeit des Mottos entsprechend haben alle Beteiligten bei der Gestaltung des Themenjahres einen dezentralen Ansatz verfolgt.

Zu 3.:

Dem in der Antwort auf die Frage 2 geschilderten dezentralen Ansatz und der gewünschten Themenvielfalt entspricht es, dass auch die Thüringer Landesregierung auf eine dezentrale Umsetzung des Themenjahres im Freistaat Thüringen gesetzt hat. Da das europäische Themenjahr 2013 in erster Linie eine Debatte über die EU und vor allem über die den Bürgerinnen und Bürgern wichtigen Themen in Gang setzen sollte, war es der Landesregierung ein Hauptanliegen, die europapolitischen Multiplikatoren in Thüringen zu sensibilisieren, mögliche Themen für Veranstaltungen zu benennen sowie bei der Umsetzung beratend und unterstützend zur Verfügung zu stehen.

Daneben ist die Landesregierung mit eigenen Veranstaltungen zum Themenjahr aktiv geworden (siehe hierzu die Antwort auf die Frage 5). Eine zentrale Rolle spielte dabei das Europäische Informations-Zentrum in der Thüringer Staatskanzlei.

Zu 4.:

Auf die Ausführungen zu den Fragen 2 und 3 wird verwiesen.

Zu 5.:

Die Thüringer Hauptveranstaltung zum Europäischen Jahr der Bürgerinnen und Bürger 2013 war die Informations- und Diskussionsveranstaltung unter dem Motto "Aktive Bürgerschaft in der EU und in Thüringen" am 10. April 2013 in Jena mit über 100 Teilnehmerinnen und Teilnehmern auf Einladung der damaligen Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten.

Die Thüringer EU-Multiplikatoren aus Vereinen, Verbänden, Schulen, Hochschulen sowie aus Gemeinden und Städten wurden außerdem bereits Ende Februar 2013 im Rahmen einer zentralen Informationsver-

anstellung in der Thüringer Staatskanzlei zur Vorbereitung auf die alljährliche Europawoche über das Anliegen des Europäischen Themenjahres informiert. Im Ergebnis fanden dezentral von den Projektträgern organisiert ca. 70 Veranstaltungen zur Europawoche statt, die vielfach einen direkten Bezug zum Themenjahr hatten. In ca. 20 Thüringer Schulen fanden EU-Projektstage statt. In 37 Schulen trugen Projekte des EU-Programms COMENIUS mit Partnern aus 27 Ländern dazu bei, das Europabewusstsein zu steigern. Mehrere Konzerte und Chorprojekte Thüringer Akteure in den Partnerregionen Picardie und Malopolska förderten den Europagedanken. Vertreter der Polizeikommandantur Krakau und der Thüringer Landespolizeidirektion Erfurt vertieften ihre Zusammenarbeit bei einem Erfahrungsaustausch in Erfurt. Beim Europafest vor der Thüringer Staatskanzlei wurden 6.000 Besucher gezählt. Explizit zum Themenjahr fanden vier Veranstaltungen mit dem Filmquiz "In Vielfalt geeint" des Vereins Bürger Europas e. V. statt. Diese Reihe, die sich mit Europafragen für Bürger beschäftigte, erreichte in Thüringen 400 Teilnehmer. Bundesweit fanden dazu 100 Veranstaltungen statt. Am bundesweiten BürgerDialog 2013 "Unser Europa" beteiligten sich in einer Veranstaltung in Jena ca. 100 Bürger unter dem Motto "Mach den Mund auf - diskutier mit" an einer Diskussion über Europa. In der Informations- und Diskussionsveranstaltung "Quo vadis Europa?" des Europäischen Informations-Zentrums in Erfurt stellten hochrangige Vertreter des Auswärtigen Amtes sowie der Universitäten Jena und Paris ihre Vision für das künftige Europa vor. Am landesweiten Wettbewerb um den Thüringer Europapreis 2013 zum Thema "Europäische Partnerschaften" beteiligten sich 69 Projekte, was ein erhebliches Interesse an Europaprojekten verdeutlicht. Angaben über Teilnehmerzahlen zu einzelnen Veranstaltungen liegen uns nicht vor.

Den Grundgedanken "Unionsbürgerschaft" des Themenjahrs unterstützte Thüringen durch den Thüringer Justizminister in einer Initiativstellungnahme im Ausschuss der Regionen als Schattenberichtersteller mit dem Ziel, den Bürgerinnen und Bürgern ihre Rechte als Unionsbürger stärker bewusst zu machen und so das gemeinsame Europabewusstsein zu fördern.

Mit den beispielhaft genannten Veranstaltungen wurden zahlreiche Thüringer Bürgerinnen und Bürger erreicht. Ob bei ihnen eine geänderte Haltung gegenüber der Europäischen Union eingetreten ist, kann anhand der Zahlen nicht eingeschätzt werden. Darum bleibt es Hauptziel der europapolitischen Öffentlichkeitsarbeit der Thüringer Landesregierung, den Bürgerinnen und Bürgern den Zugang zu Informationen und damit ein besseres Verständnis für die Auswirkungen der Europapolitik auf europäischer, regionaler und lokaler Ebene zu vermitteln. Im Mittelpunkt stehen dabei Kenntnisse und Informationen über den europäischen Einigungsprozess, die europäischen Fördermöglichkeiten und die Thüringer Mitwirkung an den Entscheidungsprozessen auf europäischer Ebene.

Zu 6.:

Auf die Ausführungen zu den Fragen 2, 3 und 5 wird verwiesen.

Zu 7.:

Die Europäische Union hat für das Europäische Jahr der Bürgerinnen und Bürger 2013 ein Gesamtbudget von zwei Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Damit wurde im Wesentlichen eine EU-weite Kommunikationskampagne der EU finanziert. Weitere Mittel gingen an die "European Year of Citizens Alliance", ein europaweites Netzwerk verschiedener zivilgesellschaftlicher Akteure, mit dem die Europäische Kommission im Rahmen ihrer Aktivitäten zum Europäischen Jahr der Bürgerinnen und Bürger zusammenarbeitet. Abschließend wird mit dem Geld eine externe Evaluierung der Kommissionenkampagne finanziert. Die Finanzierung von einzelnen Aktivitäten in den Mitgliedstaaten und Regionen war im Budget nicht vorgesehen, weshalb auch nach Thüringen keine Mittel geflossen sind.

Zur Finanzierung von Projekten zum Themenjahr vor Ort verweist die Europäische Kommission allgemein auf die bestehenden EU-Förderprogramme, die typische Aktivitäten zum Gegenstand haben, die für das Europäische Jahr der Bürgerinnen und Bürger relevant sind. Als Beispiele können in diesem Zusammenhang die Programme "Europa für Bürgerinnen und Bürger", "Jugend in Aktion", "Programm Lebenslanges Lernen" oder das Programm "Kultur" genannt werden. Eine exakte Zuordnung von Projekten aus den unterschiedlichen EU-Programmen mit Thüringer Beteiligung zum Jahr der Bürgerinnen und Bürger ist insofern nicht sinnvoll möglich.

Grundsätzlich kann festgestellt werden, dass vor allem mit dem seit 2007 laufenden EU-Programm "Europa für Bürgerinnen und Bürger" gute Fördermöglichkeiten für Vorhaben in Kommunen, Vereinen, Verbänden, Bildungseinrichtungen, Instituten, Stiftungen, Gewerkschaften und zivilgesellschaftlichen Organisationen

bestehen, die zur Stärkung einer aktiven europäischen Bürgerschaft beitragen. Der Deutsche Bundestag hat am 19. Dezember 2013 für die Fortsetzung des EU-Programms von 2014 bis 2020 gestimmt. In diesem Zeitraum ist das Programm mit insgesamt 185,5 Millionen Euro ausgestattet.

Zu 8.:

Auf die Antwort zu Frage 7 wird verwiesen.

Gnauck  
Minister